



OZEANIEN/PAPUA NUOVA GUINEA - Katholische Kirche lehnt Verbot nichtchristlicher Religionen ab

Port Moresby (Fidesdienst) – Das Parlament von Papua Neuguineas billigte eine Anfrage mit der Forderung nach einer Volksbefragung zum Thema Religionsfreiheit und zum „Verbot nichtchristlicher Religionen“. Die Anfrage, über die auch die Medien des Landes eingehend berichteten, führte vor allem unter christlichen Gemeinden zu Bestürzung. Ein Referendum dieser Art wäre für die katholische Kirche „absurd und erschreckend“, so der Sprecher der Bischofskonferenz von Papua Neuguinea und den Salomonen, Pfarrer Giorgio Licini in einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt. Die Kirche habe sich stets für die Religionsfreiheit als Grundlage aller Freiheitsrechte eingesetzt. „Allein die Debatte über ein Verbot anderer Religionen widerspricht im 21. Jahrhundert den in vielen Jahrzehnten erzielten Fortschritten im Bereich der Menschen- und Bürgerrechte. Das Verbot verstößt auch gegen die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen des Jahres 1948. Außerdem diskriminiert es Bürger auf einer Ebene, die kein Grund zur Diskriminierung sein dürfe: der persönliche Glaube“, heißt es in der Verlautbarung weiter. „Das Christentum könnte als eine Art kulturelle Identität des modernen Papua Neuguinea und seiner 850 Stämme und Völker bezeichnet werden. Doch man darf nie vergessen, dass der wahre Glaube weit über die Bestimmungen einer Verfassung und alltägliche Riten und Praktiken hinausgeht. Man darf niemand verbieten, den eigenen Glauben frei zu bekennen und dies sowohl in privater als auch in öffentlicher Form.“

Mit Bezug auf die institutionellen Mechanismen erklärt der Sprecher der Bischofskonferenz: „Es ist positiv, dass das Parlament in gewissen Fällen eine Volksbefragung vorsieht, wie zum Beispiel im Fall der Todesstrafe. Und es ist auch positiv, dass sich unserer Volksvertreter mit den von der Verfassung garantierten christlichen Prinzipien auseinandersetzt... Doch der authentische christliche Glaube kann nicht mit dem Verbot anderer Religionen durchgesetzt werden.“

Die parlamentarische Anfrage wurde von vom Gouverneur der Provinz Hela, Anderson Agiru, vorgelegt. Nach der Billigung im Parlament werden der Minister für Gemeinschaft und die Kommission für die Verfassungsrevision eine gemischte Gruppe mit der Erstellung eines Textentwurfs für die Volksbefragung beauftragen. (PA) (Fidesdienst, 16/07/2013)